

**V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"**

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern.

**Begründung**

**1. Anhaltend hohe Anzahl Einbürgerungsgesuche**

In der Gemeinde Köniz ist die Zahl der im Jahr 2023 total neu eingegangenen Gesuche auf 113. Im Jahr 2024 waren es 138. Im Jahr 2023 waren es insgesamt abschliessend behandelte Gesuche 85 und im Jahr 2024 116. Die Gemeinde Köniz ist entsprechend stark gefordert. Die Zahl der Gesuche liegt seit Jahren auf hohem Niveau mit steigender Tendenz und belastet die Kommission dauerhaft.

**2. Besondere Rolle der Miliz-Kommission**

In Köniz werden die Einbürgerungsgespräche nicht von Angestellten der Verwaltung, sondern von Miliz-Kommissionsmitgliedern geführt. Dabei ist vorgesehen, dass die Gespräche jeweils von zwei Mitgliedern aus unterschiedlichen Parteien geführt werden. Diese Regelung garantiert eine faire, parteipolitisch ausgewogene Beurteilung. In der Praxis kann dieser Grundsatz jedoch häufig nicht eingehalten werden, da die Kommission mit neun Mitgliedern zu knapp besetzt ist. Die Gesuche werden daher regelmässig nur von einem Mitglied behandelt, entgegen der vorgesehenen Praxis.

**3. Entlastung und Qualitätssicherung durch Erweiterung**

Eine Erhöhung auf elf Mitglieder ermöglicht:

- eine bessere Verteilung der hohen Geschäftslast
- die verlässliche Einhaltung des Prinzips "zwei Mitglieder, zwei Parteien"
- eine Entlastung der bisherigen Kommissionsmitglieder
- eine höhere Qualität bei der Durchführung der Gespräche und Entscheidungsfindung

**4. Marginale Kostenfolge – grosser Nutzen**

Die zusätzlichen Entschädigungen für zwei weitere Miliz-Kommissionsmitglieder sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Gemeinde marginal. Dem gegenüber stehen erhebliche Vorteile: mehr Rechtssicherheit, verbesserte Transparenz, höhere Arbeitsqualität sowie eine schnellere und gerechtere Behandlung aller Gesuchstellenden.

**Schlussfolgerung**

Die Erweiterung der Einbürgerungskommission auf elf Mitglieder ist eine notwendige und verhältnismässige Massnahme. Sie stärkt die Funktionsfähigkeit der Kommission, verbessert die Einhaltung demokratischer Prinzipien und sorgt für eine qualitativ hochwertige Bearbeitung der

Einbürgerungsgesuche.

### **Begründung Dringlichkeit:**

Gemäss Art. 65 Abs. 3 der Verordnung regelt der Gemeinderat die Mitgliederzahl, besondere Wählbarkeitsvoraussetzungen, Aufgaben, Zuständigkeiten und Organisation der Kommissionen, soweit nicht übergeordnete Vorschriften bestehen. Die Verordnung über das Einbürgerungsverfahren (Art. 3 Abs. 2 und 3) hält fest, dass die acht weiteren Mitglieder der Einbürgerungskommission durch den Gemeinderat gewählt werden.

Weiter bestimmt Art. 3 Abs. 4 derselben Verordnung, dass die Amtsdauer der Kommission mit der Legislaturperiode übereinstimmt.

Daraus ergibt sich eine besondere zeitliche Dringlichkeit:

- Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wird die Einbürgerungskommission ohnehin (teilweise) neu besetzt.
- Eine Anpassung der Mitgliederzahl oder des Verteilungsschlüssels kann somit direkt in diesen Neuwahlprozess integriert werden.
- Für den Gemeinderat bedarf es lediglich eine punktuelle Anpassung des entsprechenden Artikels in der Verordnung, wodurch Doppelspurigkeiten und zusätzlicher administrativer Aufwand vermieden werden.

Eine spätere Behandlung würde hingegen dazu führen, dass die Kommission zunächst nach geltendem Recht bestellt und kurz darauf erneut angepasst werden müsste. Dies wäre ineffizient und organisatorisch unnötig belastend.

Aus diesen Gründen ist eine dringliche Behandlung dieser Motion angezeigt, damit die Änderungen rechtzeitig auf den Beginn der neuen Legislaturperiode in Kraft treten können.

09.09.2025 / Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger

### **Eingereicht**

15.09.2025

### **Unterschrieben von 28 Parlamentsmitgliedern**

Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Matthias Müller, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti Locher, Klaus von Muralt, Roland Akeret, Toni Eder, Andreas Hauser, Dominic Amacher, Mark Kobel-Itten, Andrea Winzenried, Kathrin Gilgen, Roland Hofer, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Sara Gasser, David Müller, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Kläne-Menke, Bülent Celik, Reto Zbinden, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

### **Antwort des Gemeinderates**

#### **1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

## 2. Ausgangslage

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass mit der Arbeit der Milizkommission eine wichtige Aufgabe der Gemeinde effizient und politisch breit abgestützt erfüllt wird.

Seit dem Jahr 2023 haben die Einbürgerungsgesuche stark zugenommen.

Eingereichte Gesuche:

Jahr	Anzahl Gesuche
2019	77
2020	70
2021	84
2022	82
2023	113
2024	138
2025 (Ende Sept.)	110

Entsprechend hat sich der Arbeitsaufwand sowohl bei den Mitgliedern der Einbürgerungskommission als auch bei den Mitarbeitenden der Verwaltung erhöht. Der zusätzliche Arbeitsaufwand in der Verwaltung beträgt rund 40 Stellenprozente.

Der Gemeinderat kann deshalb das Motionsanliegen nachvollziehen und ist bereit, bei einer Erheblicherklärung des Vorstosses das Anliegen rasch umzusetzen.

## 3. Weiteres Vorgehen

Bei der Einbürgerungskommission handelt es sich um eine ständige Kommission ohne Entscheidbefugnis im Sinn von Artikel 65 Absatz 2 Buchstabe b GO. Die Mitglieder werden – mit Ausnahme der Vorsteherin/des Vorsteherin DSL, der von Amtes wegen Mitglied ist - vom Gemeinderat unter Beachtung von Artikel 59 Absatz 3 und 4 GO gewählt.

Das vorliegende Geschäft wird im Dezember 2025 (voraussichtlich an der 2. Parlamentssitzung am 8. Dezember) im Parlament behandelt werden. Bei einer Erheblicherklärung der Motion durch das Parlament kann der Gemeinderat die rechtlichen und organisatorischen Schritte einleiten, d.h. konkret

- Anpassung der Verordnung über das Einbürgerungsverfahren;
- Publikation der Erlassänderung und Ablauf der Beschwerdefrist;
- Einladung an die Parteien, geeignete Kandidat:innen vorzuschlagen (gemäss dem Verhältnisschlüssel der letzten Wahlen des Gemeinderates haben bei einer Ausweitung der Mitgliederzahl von 9 auf 11 die Grünen und die FDP Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz);
- Wahl der neuen Mitglieder durch den Gemeinderat).

Der Zeitplan zeigt auf, dass die Umsetzung auf den 1. Januar 2026 nicht realistisch ist. Der Gemeinderat wird die Anpassung aber rasch vornehmen so dass die zwei zusätzlichen Mitglieder im ersten Halbjahr 2026 gewählt und eingesetzt werden können.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 29. Oktober 2025

Der Gemeinderat

### **Beilagen**

Formelle Prüfung der Motion vom 18.9.2025



Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin  
T 031 970 92 02  
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 18. September 2025 rc

**V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"**  
**Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern.

Bei der Einbürgerungskommission handelt es sich um eine ständige Kommission ohne Entscheidungsbefugnis; gemäss Art. 65 Abs. 2 Bst. b) bedürfen diese für Angelegenheiten aus dem Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates einer Grundlage in einer Verordnung. Zweck, Zusammensetzung, etc. der Einbürgerungskommission sind in der "Verordnung über das Einbürgerungsverfahren" geregelt.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin